Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anz. nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 274 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 25. November 1931

Mit aller Beschleunigung!

„Die Reichsregierung wird nunmehr die Maßnahmen beschließen, die sie zur Wiedergesundung unserer Wirtschaft und zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens für notwendig hält," — dieser Satz in der Schlußrede des Reichspräsidenten vor dem Wirtschaftsbeirat war eine Ankündigung. Gleich dahinter folgt dann aber auch die Mahnung des Reichspräsidenten an die Reichsregierung, „diese Entschließungen mit aller Beschleunigung zu fassen". Man darf wohl noch mehr sagen: diese Mahnung ist ein Verlangen, das vom ganzen deutschen Volke in eindringlichster Form an die Reichsregierung gestellt wird. Drei Wochen hat der Wirtschaftsbeirat getagt, drei kostbare Wochen —, und das Ergebnis ist ein vielleicht nicht ungeschickt formuliertes Kompromiß zwischen einer Reihe teilweise scharf entgegengesetzter Ansichten. Aber wir müssen endlich hinauskommen über „Leitsätze", „Richtlinien" oder sonstigen, im Augenblick sicherlich recht notwendigen, aber auch nur wieder für den Augenblick bestimmten Verordnungen. Wir sind in Deutschland soweit, daß wir uns vor einem operativen Eingriff schon kaum noch fürchten. Und die Berufung sowie die Arbeit des Wirtschaftsbeirats war vielleicht noch die letzte Chance zu einer ruhigen Abwicklung der Krise; jetzt, nach der Ergebnislosigkeit dieser Arbeit über das Theoretische hinaus, bleibt nur noch ein schnell entschlossenes Handeln.

Gerade dieses Handeln muß ja nun Leben und Blut in das Gerippe hineinbringen, das in der Kanzlerformulierung vom Wirtschaftsbeirat aufgebaut worden ist; anzunehmen ist auch, daß eine ganze Reihe dort ausgesprochener Grundgedanken in den kommenden Notverordnungen zur Wirkung und Wirklichkeit gelangen wird. Alles wird hierbei vom Preisproblem diktiert, von dem Leitsatz also, daß die Aufwendungen der gesamten Wirtschaft im weitesten, ja unbedingtesten Umfang an die Preisentwicklungen auf dem Weltmarkt, aber auch an die Einkommens- und Vermögenslage in Deutschland anzupassen sind. Wo es nicht freiwillig geschieht, wird der Zwang einsetzen. Wo die Parteien sich nicht von selbst einigen können oder wollen, werden außerordentliche Noteingriffe des Staates in die Wirtschaft stattfinden. Kostensenkung in Erzeugung und Handel parallel mit einer Senkung der sonstigen Lasten — man hat bisher über diese Dinge „diskutiert" oder „Erklärungen abgegeben"! Und dies in einer Zeit, da z. B. die jüngste englische Zollerhöhung einen Sturm auf dem Weltmarkt losbrechen läßt und die Weltwirtschaft in neue Krämpfe stürzt. Es war einmal eine Zeit da und sie ist noch gar nicht so lange verstrichen —, da wurde den Völkern Europas empfohlen, dringend angeraten, die gegenseitigen Hemmnisse für den Warenaustausch abzubauen; nur so könne man der Krise Herr werden. Das Gegenteil ist geschehen und geschieht in steigendem Umfang. Rings um den Erdball rast ein Wirtschaftskrieg der Völker gegeneinander und immer höher, immer fester riegelt man sich ab, blockiert man einander. Die Parole der „Selbsthilfe" wird zum Schlachtruf jedes einzelnen Staates.

Auf dem sich dadurch verengenden Lebensraum muß nun auch das deutsche Volk sich einrichten, so gut oder so schlecht es irgend geht. In der Verteidigung seiner Existenz kann es nicht mehr darauf warten, wie und ob die anderen zu ausgleichenden Entschlüssen kommen, die unser Dasein etwa weniger hart werden lassen. Das Ventil unserer Ausfuhr, das uns noch einige Erleichterung verschaffte, wird von immer größeren Gewichten belastet. Ob sich angesichts dieser Lage die Reichsregierung noch an die bisweilen recht vorsichtig zurückhaltenden Formulierungen in den „Anregungen" des Wirtschaftsbeirats wird halten können, ob sie sich nicht vielmehr gezwungen sieht, sehr viel schärfere „Maßnahmen zu beschließen", läßt sich in manchem jedenfalls heute kaum noch verneinen.

Währung, Zahlungsbilanz und Staatshaushalt — diese drei im Gleichgewicht zu erhalten ist Voraussetzung und Ziel der Gesamtarbeit. Je mehr der Gesamtertrag der volkswirtschaftlichen Arbeit zusammenschrumpft, desto schwerer ist es aber, jene drei Säulen vor gefährlicher Erschütterung zu bewahren und zu schützen. Daher haben der Reichskanzler und seine Regierung eine noch viel größere, nämlich eine massenpsychologische Aufgabe: den Selbstbehauptungswillen des gesamten deutschen Volkes zusammenzuballen und ihn auch innerlich hinauszuheben über das Gebiet der Sonderinteressen. Wir stecken außerdem seelisch heute noch tief in einem Gefühl der Hoffnungslosigkeit, einer gefährlichen Lethargie, die höchstens noch nach dem „großen Wunder" Ausschau hält. Aber trotzdem, auch in jüngster Zeit, als die Gefahr für unsere Währung plötzlich riesengroß anwuchs, hat dieses selbe Volk das „Wunder" vollbracht. Auch heute noch wird es gleiches leisten, wenn es nur entschlossen vorwärts geführt wird.

Weitere starke Zunahme der Arbeitslosigkeit

4 840 000 Erwerbslose Mitte November.

In der ersten Hälfte des November ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 220 000 auf 4 840 000 gegenüber 4 620 000 Ende Oktober gestiegen.

Die Reichsregierung hat das Wort.

Die Schlußarbeiten an der Notverordnung.

Das Reichskabinett nahm seine Beratungen über die erforderlichen Wirtschaftsmaßnahmen auf. Sie werden die ganze Woche hindurch fortgesetzt werden. Nach Abschluß der Beratungen und nach Fertigstellung der Entwürfe für die Notverordnungen werden voraussichtlich die Finanzminister der Länder nach Berlin berufen werden. Wann diese Konferenz der Länder stattfinden wird, steht noch nicht fest, da dies von der Dauer der Beratungen des Reichskabinetts abhängen dürfte.

In einem Brief des Reichsfinanzministers Dietrich an den Haushaltsausschuß des Reichstages heißt es, der Minister habe sich mit dem Kanzler über die Frage auseinandergesetzt, wann die Regierung nähere Ausführungen über die Finanzlage machen könne. „Wie Sie wissen," so heißt es in dem Brief, „beginnen wir heute damit, an Hand der Leitsätze des Wirtschaftsbeirats ein endgültiges Programm darüber aufzustellen, welche Maßnahmen die Reichsregierung angesichts der Schwierigkeiten und Notstände ergreifen will. Wir gehen davon aus, daß die Bewältigung dieser Aufgaben günstigstenfalls bis Ende der nächsten Woche möglich sein wird."

*

Wenn auch noch keineswegs feststeht, was aus dem durch die Reichsregierung zusammen mit dem Wirtschaftsbeirat aufgestellten Programm durch die nächsten Notverordnungen verwirklicht werden wird, so regt sich doch schon von verschiedenen Seiten scharfe Kritik bereits an den Möglichkeiten. Die Vertreter der Landwirtschaft haben ihr Mißfallen an dem Programm deutlich Ausdruck gegeben durch ihr Fernbleiben von den letzten Beratungen und für die Gewerkschaften, wenn auch nicht für alle, wie es zunächst hieß, so doch für die freien, hat der Gewerkschaftsvertreter Graßmann im Wirtschaftsbeirat Protest eingelegt gegen etwa beabsichtigte weitere Lohnkürzungen ohne entsprechende Preisverbilligung. Dieser gewerkschaftliche Standpunkt findet seinen Widerhall in der Sozialdemokratischen Partei, die durch ihr Organ erneut erklärt, daß sie gegen weitere Gehalts- und Lohnsenkungen den schärfsten Einspruch erhebt und daß sie sich jedem derartigen Versuch auf das entschiedenste widersetzen werde. In dem Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei wird die Regierung ausdrücklich gewarnt, einen Weg zu beschreiten, der nach der Überzeugung der Partei ein Weg der wirtschaftlichen und politischen Selbstvernichtung sei.

Schließlich wird noch gegen einen dritten Punkt bereits Sturm gelaufen, der zwar in den Leitsätzen nicht ausdrücklich genannt ist, dessen Verwirklichung man aber doch immerhin für möglich hält. In politischen Kreisen glaubt man, daß die Reichsregierung eine Verdoppelung der Umsatzsteuer erwägt, um sich neue Einnahmequellen zu erschließen, die die Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten beseitigen sollen. Hier weist man darauf hin, daß eine solche neue Belastung einen weiteren Rückgang der Umsätze und des Verbrauchs nach sich ziehen müsse und statt einen Preisabbau einer Verteuerung dienen würde.

*

Die Arbeit des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett hat die in den Leitsätzen des Wirtschaftsbeirats niedergelegten Aufgaben sachlich aufgeteilt. Die Ministerien werden in den nächsten Tagen die entsprechenden Entwürfe ausarbeiten, und es ist damit zu rechnen, daß von nun ab täglich das Kabinett die Einzelentwürfe durchberaten wird. Man hofft, das gesamte Programm noch bis zum Ende kommender Woche, jedenfalls aber noch vor Beginn der Verhandlungen des Tributbankausschusses in Basel fertiggestellt und in Kraft gesetzt zu haben.

Es scheint sich zu bestätigen, daß unter den beschleunigt zu behandelnden Maßnahmen u. a. an eine

Erhöhung der Umsatzsteuer

im Interesse des Haushaltsausgleichs gedacht ist, und zwar besonders im Hinblick auf die bevorstehenden Tributverhandlungen. Offenbar soll auf jeden Fall der Nachweis größtmöglicher Unabhängigkeit und Selbsthilfe erbracht werden.

Wie andererseits die in den Leitsätzen des Wirtschaftsbeirates genannte Notwendigkeit der Verbilligung der Mieten und der Herabsetzung der öffentlichen Tarife mit den ebenso notwendigen Ausgleichen der öffentlichen Haushalte bei gleichzeitiger Herabsetzung der Löhne und Gehälter in Einklang gebracht werden soll, ist eine Frage, die den Fachministerien noch großes Kopfzerbrechen bereiten dürfte. Bei der geplanten

Senkung der Brot- und Fleischpreise,

die allem Anschein nach den vorwegzunehmenden Auftakt der Verbilligungsmaßnahmen bilden soll, handelt es sich um ältere Vorlagen. Bei Fleisch beschränkt sich danach die Maßnahme zunächst auf die Erwerbslosen. Man rechne damit, jedenfalls in dem Umfang des früheren Gefrierfleischkontingents einheimisches Rindfleisch zu besonders billigen Preisen den Erwerbslosen zuführen zu können, so daß also auch im entsprechenden Umfange eine zusätzliche Entlastung des Viehmarktes erfolge. Durch Aufhebung des Nachtbackverbots für solche Betriebe, die sich zu einer Preisverbilligung verpflichten, wird eine durchschnittliche Brotverbilligung um zwei Pfennig je Kilo erwartet.

Weiter soll die Preisgestaltung des Futtergetreides dafür sorgen, daß tatsächlich alles Brotgetreide für Brot und nicht für Fütterungszwecke verwandt wird; man denke dabei u. a. an Einfuhrscheine für Hafer selbst.

*

Fleisch und Brot für den Winter.

Fleischverbilligung für Arbeitslose.

Der Reichsernährungsminister hat einen Entwurf für Fleischverbilligung für Arbeitslose ausgearbeitet und dem Kabinett vorgelegt, das bereits über diesen Entwurf beraten hat.

In der Besprechung zwischen den Sozialdemokraten und dem Reichskanzler hat der Reichsernährungsminister in der Brotpreisfrage darauf hingewiesen, daß sich die Regierung der gesetzlichen Verpflichtung aus dem Brotgesetz voll bewußt sei. Es seien Maßnahmen in Aussicht genommen, die im Rahmen der Preissenkung erreicht werden sollen. In unterrichteten Kreisen wird angenommen, daß es sich bei diesen Maßnahmen u. a. um die Aufhebung des Nachtbackverbotes und um eine Einwirkung auf den Roggenmarkt handelt.

*

Wunsch nach Aussprache.

Der Deutsche Beamtenbund an die Reichsregierung

Der Deutsche Beamtenbund hat an die Reichsregierung zu Händen des Reichskanzlers ein Telegramm gerichtet, in dem unter Hinweis auf den amtlichen Verhandlungsbericht des Wirtschaftsbeirats gegen die Auffassung in der Lohnsenkungsfrage Stellung genommen wird. Es heißt darin u. a.: Diese Auffassung erfüllt uns mit ernster Sorge, weil die Stärkung der Kaufkraft durch erhebliche Preissenkung Voraussetzung für die Wiederbelebung der Wirtschaft und die Gesundung der Staatsfinanzen ist.

Außerdem hat die Art, wie die mehrfachen Einkommensschmälerungen und Rechtsminderungen in Reich, Ländern und Gemeinden vorgenommen wurde, die Beamten außerordentlich erregt. Aus alledem haben wir den dringenden Wunsch nach einer Aussprache mit dem Herrn Reichskanzler, die wir mit Rücksicht auf die bevorstehenden Entscheidungen der Reichsregierung für die nächsten Tage erbitten.

*

Gegen einseitige Massenbelastung.

Der Gesamtvorstand des Freiheitlich-Nationalen Gewerkschaftsringes nahm den Bericht seines Vertreters im Wirtschaftsbeirat über den Verlauf der Verhandlungen entgegen und gab seiner Enttäuschung über das Ergebnis Ausdruck. Eine Entschließung besagt: Solange immer nur einseitig an Lohn und Gehalt herangegangen werde, müsse sich die katastrophale Schrumpfung des Inlandsmarktes fortsetzen. Der Gewerkschaftsring erwarte, daß sich die Reichsregierung allen entgegenstehenden Arbeitgebereinflüssen verschließt. Er warnt vor Erlaß der Notverordnungen noch einmal eindringlich vor jeder Fortsetzung der für die ganze Wirtschaft verhängnisvollen Politik der einseitigen Massenbelastung.

*

Die sozialdemokratische Warnung.

Der Parteivorstand billigt die Haltung der Vertreter.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion hat den Bericht über die Verhandlungen der sozialdemokratischen Vertreter mit dem Reichskanzler entgegengenommen.

Die entschiedene Warnung des Abgeordneten Dr. Breitscheidt, mit der die letzte Besprechung mit der Reichsregierung eingeleitet wurde, habe die einmütige Billigung des Fraktionsvorstandes gefunden. Eine Aushöhlung des Tarifrechts und eine weitere Senkung des Reallohnes verschärfe die innenpolitischen Spannungen, führe zu weiterer wirtschaftlicher Drosselung und Arbeitslosigkeit und rufe größte Gefahren hervor. Derartige Bestrebungen seien abzulehnen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF